

Drei Initiativen stehen vor dem Aus

Sieben junge Irak-Krieg-Bewegte, militante Tierschützer und ein Verband kinderreicher Familien haben eines gemeinsam: Sie scheitern mit Volksinitiativen – aus unterschiedlichen Gründen.

Von **Bruno Vanoni**

Für drei Volksinitiativen läuft dieses Frühjahr die Sammelfrist ab – und für alle drei kommen die nötigen 100 000 Unterschriften nicht zusammen. Im Falle der Volksinitiative «für die strafrechtliche Verfolgung von Kriegsverbrechern» erstaunt dies am wenigsten.

Sie ist im Sommer 2003 von sieben Westschweizern lanciert worden, die sich vom Krieg im Irak zum Handeln veranlasst fühlten. Mit ihrer Initiative wollten sie den Bundesrat verpflichten, mutmassliche Kriegsverbrechen und Völkermord unverzüglich beim Internationalen Strafgerichtshof (ICC) anzuzeigen. Die sieben Initianten starteten die Unterschriftensammlung ohne die sonst übliche Medienkonferenz und ohne jede Verbindung zu Parteien und Organisationen.

Und sie setzten dabei voll aufs Internet. Doch die Website, von der sich Sammelbögen für jede einzelne Gemeinde abrufen liessen, ist mittlerweile aus dem Netz verschwunden. Der 38-jährige Genfer Ingenieur Marc Morgan bestätigt als Hauptinitiant auf Anfrage bloss, dass er die am Samstag abgelaufene Sammelfrist ungeprüft verstreichen lassen musste: «Wir sind leider weit weg von den 100 000 benötigten Unterschriften.»

Bezahlte Sammler gegen Pelzimporte

«Man muss nicht meinen, man könne eine Volksinitiative übers Internet zu Stande bringen», sagt Erwin Kessler. «Man muss die Leute direkt ansprechen, und das ist das grosse Problem.» Der Präsident des Vereins gegen Tierfabriken (VgT) redet aus Erfahrung: Er hat im Januar die Unterschriftensammlung für seine Volksinitiative «gegen Pelz-Importe» einstellen müssen, weil es nicht gelungen ist, genügend Leute für ihre Unterschrift anzusprechen.

Konkret hatte Kessler in Zeitungsinserten nach Personen gesucht, die gegen Bezahlung Unterschriften gesammelt hätten. «Hunderte haben sich gemeldet», sagt Kessler, «aber weil viele rasch gemerkt haben, dass das ein harter Job ist, sind auf diesem Weg nur ein paar Hundert Unterschriften zusammengekommen.» Zum umstrittenen Einsatz von bezahlten Samm-

lern hatte Kessler gegriffen, weil die Publikation der Unterschriftenbögen in den vereinseigenen «VgT-Nachrichten» nicht den erhofften Rücklauf gebracht hatte.

Wegen der passiven Empfänger der «VgT-Nachrichten» war im Jahr 2003 bereits Kesslers Initiative «gegen das betäubungslose Schächten» nicht zu Stande gekommen. Nun wird er bis zum Fristablauf am 7. April auch die Anti-Pelzimport-Initiative nicht einreichen können. Er macht dafür freilich auch die «ungeheure Ungleichgültigkeit» gegenüber ideellen Anliegen wie dem Tierschutz verantwortlich. Die aktuelle Werbung deutet gar auf einen eigentlichen Stimmungsumschwung hin: «Früher haben die Grossverteiler noch mit der Qualität geworben», sagt ein gefruuster Erwin Kessler, «jetzt tobt nur noch der Kampf um den absoluten Tiefstpreis.»

Mit Prominenz für grosse Familien

Ernüchtert und enttäuscht tönt auch Käthi Kaufmann, die Komiteepäsidentin der Initiative «für die Familie – Kinder sichern Zukunft». Sie hatte gedacht, dass die dahinter stehende «Interessengemeinschaft Familie 3plus», der Zusammenschluss von Eltern mit drei und mehr Kindern, die nötigen Unterschriften «locker» zusammenbrächte. Dazu hätte jede der 1000 Familien, die in der IG aktiv sind, gut 100 Unterschriften sammeln müssen: für höhere Kinderabzüge und zusätzliche Steuervergünstigungen für geleistete Erziehungsarbeit.

Doch offensichtlich, sagt Käthi Kaufmann, hätten viele kinderreiche Familien «ganz andere Sorgen, als sich für Steuererleichterungen in fünf Jahren zu engagieren». Die Komiteepäsidentin darf zwar noch nicht zugeben, dass die Initiative bis zum Ablauf der Sammelfrist am 23. März nicht mehr zu retten ist. Doch sie denkt bereits laut darüber nach, wie die Unterschriftensammlung «nicht einfach sang- und klanglos» beendet werden könnte. Denn immerhin hätten «Zehntausende von Familien unterschrieben, dass etwas getan werden muss.»

Das absehbare Scheitern ist peinlich für eine ganze Reihe illustrier Personen, welche die Initiative unterstützt haben. So sitzt im Initiativkomitee etwa der frühere SVP-Pressechef und heutige Blocher-Berater Yves Bichsel. Dazu kommen etliche



DocID: 1747705

MediaID: 0016

Color: 0

Topic: 0050783.01 Size: 41742mm²

Order: 0050783

Category: Inland

DocID: 1747705

MediaID: 0016

Color: 0

Topic: 0050783.01
Size: 41742mm²

Order: 0050783

Category: Inland

Exponenten aus dem Kreis der Lebensschützer, die Erfahrungen mit Unterschriftenkampagnen haben. Im Patronatskomitee der erfolglosen Initiative finden sich zudem prominente Namen von rechts bis links: vom Schwyzer SVP-Nationalrat Peter Föhn über die Verlegersgattin Ellen Ringier bis zum früheren SP-Ständerat und Bundesamtsdirektor Otto Piller.

Nachfolgende Initiativen auf Kurs

Dass es auch ohne Prominentenkomitee geht und heutzutage beileibe nicht alle Volksinitiativen mangels Unterschriften scheitern, zeigen andere laufende Sam-

melkampagnen: Als Nächstes, bis zum Herbst, muss der Umweltschützer Franz Weber seine beiden Volksinitiativen «Rettet den Schweizer Wald» und «Gegen den Kampffjetlärm in Tourismusgebieten» einreichen. Er zeigt sich auf Anfrage zuversichtlich, dass er die nötigen 100 000 Unterschriften dafür zusammenbringt.

Bezifferbar gut auf Kurs ist die Volksinitiative «Ja zur Komplementärmedizin», die erst im März 2006 eingereicht werden muss. Wie sie im Internet ständig aktualisiert ausweist, sind nach einem knappen Viertel der Sammelzeit bereits 53 750 Unterschriften beisammen.

Breite Koalition hält Anliegen hoch

Bern. - Die gescheiterte Initiative «für die strafrechtliche Verfolgung von Kriegsverbrechern» war von ihren Urhebern auch als «Beitrag zur Bewusstseinsbildung» für den internationalen Strafgerichtshof ICC verstanden worden. Dennoch blieb sie im Gegensatz zu anderen Volksbegehren ohne Einfluss auf die innenpolitische Debatte. So schränkte das Parlament während der Sammelzeit auf Betreiben des Bundesrates die gesetzliche Verpflichtung ein, gegen ausländische Kriegsverbrecher mit eigenen Strafverfahren vorzugehen.

Unabhängig von der Initiative schlossen sich Schweizer Menschenrechtsorganisationen im letzten Dezember zu einer «Koalition für den ICC» zusammen. Sie will sich dafür einsetzen, dass der ICC-Straftatbestand des Verbrechens gegen die Menschlichkeit im Schweizer Strafrecht verankert wird. Diesem Anliegen ist auch eine Tagung gewidmet, die am 10. Februar mit Unterstützung des Aussendepartements an der Universität Freiburg stattfindet. Der Bundesrat hat für April eine Vernehmlassung über eine Gesetzesrevision angekündigt. (bvr)